

Beitritt der Stadt St. Ingbert zur Städteinitiative "Lebenswerte Städte"

<i>Organisationseinheit:</i> Verkehr (33)	<i>Datum</i> 13.03.2023
--	----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>			
Stadtrat	Entscheidung	23.03.2023	Ö

Beschlussvorschlag

Sachverhalt

Aus Sicht der Verwaltung ist es wichtig, dass in Wohngebieten Tempo 30 eingehalten wird und kein zusätzlicher Verkehr in die Wohngebiete fließt. Demgegenüber sind die innerstädtischen und überregionalen Erschließungsstraßen für einen zügigen Verkehrsfluss vorgesehen. Eine generelle Reduzierung der dortigen Geschwindigkeit birgt die Gefahr einer Verlagerung von zusätzlichem Verkehr in die Wohnviertel.

Im Stadtentwicklungs-, Biosphären-, Umwelt- und Demographieausschuss am 09.03.2023 wurde der Tagesordnungspunkt 2023/0648 BV zur weiteren Beratung und Entscheidung in die Sitzung des heutigen Stadtrates verwiesen. Der angekündigte gemeinsame Antrag der Fraktion die LINKE und Bündnis 90/Die Grünen ist in Anlage beigefügt.

Finanzielle Auswirkungen

Keine.

Anlage/n

1	Antrag InitiativeTempo30 IGB 20230310 LinkeB90G V3
---	--

Mittelstadt St. Ingbert
Herrn Oberbürgermeister Prof. Dr. Meyer
Rathaus
Am Markt 12
66386 St. Ingbert

Datum 10.03.2023

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,
im Namen der Fraktionen der Linken und Bündnis90/Die Grünen bitten wir den folgenden Antrag zum Beitritt St. Ingberts zur Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ zur Beschlussfassung und Beratung für den kommenden

- Stadtrat am 23.03.2023 aufzunehmen.

Eine entsprechende Vorberatung des Themas anlässlich der ursprünglich getrennt gestellten Anträge der Linken und Bündnis 90/Die Grünen fand in der Sitzung des SBUDA am 9.3.23. statt. Der für den Stadtrat vorgelegte Antrag orientiert sich an einem im Ausschuss erarbeiteten Kompromissvorschlag und konzentriert sich auf den Beitritt St. Ingberts zur Städteinitiative mit dem Ziel einer Gesetzesänderung auf Bundesebene, um mehr Entscheidungskompetenzen für die kommunale Ebene zu erlangen.

Der Stadtrat möge beschließen:

Beitritt der Stadt St. Ingbert zur Städteinitiative "Lebenswerte Städte"

- Der Rat der Stadt St. Ingbert unterstützt die Forderung der Städteinitiative "Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten – eine neue kommunale Initiative für stadtvträglicheren Verkehr", den Kommunen mehr eigene Entscheidungskompetenzen zur Festlegung stadtvträglicher Geschwindigkeiten im Verkehr zu gewähren.
- Der Rat der Stadt St. Ingbert beauftragt den Oberbürgermeister oder seinen Vertreter, die beigefügte Beitrittserklärung im Namen der Stadt St. Ingbert zu unterzeichnen.

Mit freundlichen Grüßen

elektr. gez.
Anne Hadamitzky
-Fraktionsvorsitzende-

elektr. gez.
Rainer Keller
-Fraktionsvorsitzender-

Nachhaltigkeit:

Ökologie:	Senkung von Lärmemissionen
Ökonomie:	Steigerung der innerstädtischen Aufenthaltsqualität
Soziale Fragen:	keine Relevanz
Geschlechtergerechtigkeit:	keine Relevanz
Globale Auswirkungen:	Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommens
Beteiligung Betroffener:	erfolgte Bürgerbeteiligung im Rahmen der Erarbeitung des Mobilitätskonzepts sowie der Initiative Lebenswerte Stadt.

Finanzielle Auswirkungen:

Der Beitritt der Stadt St. Ingbert zur Initiative "Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten" verursacht keine Folgekosten.

Aufgrund des geringen Aufwands könnte die Registrierung vom Mobilitätsmanager übernommen werden.

Investitionskosten:

Der Beitritt der Stadt St. Ingbert zur Initiative "Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten" verursacht keine bzw. nur sehr geringe Investitionskosten.

Geringere Beträge, bspw. für die Öffentlichkeitsarbeit, die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft (Verkehrsverbänden) bzw. zur Bewerbung des Themas wären ggf. aus Mitteln der allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit zu leisten.

Jährliche Folgekosten (Sachkosten und Personalkosten):

Der Beitritt der Stadt St. Ingbert zur Initiative "Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten" verursacht keine weiteren Sach- oder Personalkosten.

Anlagen:

Beitrittserklärung - Muster-

exemplarische Übersicht bisher beigetretener Kommunen

für weitere Informationen siehe:

<https://www.staedtetag.de/themen/2021/lebenswerte-staedte-durch-angemessene-geschwindigkeiten>

„Beitritt“ zur Initiative

Vorbemerkung:

Der "Beitritt" erfolgt in der Regel durch formlose Erklärung eines/r politisch Verantwortlichen (Beigeordnete(r) oder Bürgermeister(-in)). Dies kann aber auch genauso durch die Übermittlung eines entsprechenden Gemeinderats-/Stadtratsbeschluss (mit Unterschrift) erfolgen.

Die folgende Variante ist demnach als Muster zu verstehen, die seitens der Städteinitiative vorgeschlagen wird.

Für weitere Fragen stehen die Kolleginnen und Kollegen der Geschäftsstelle der Initiative zur Verfügung.

Stadt Leipzig
Dezernat für Stadtentwicklung und Bau
Geschäftsstelle der Initiative
„Lebenswerte Städte und angemessene
Geschwindigkeiten“ 04092 Leipzig

Initiative@lebenswerte-staedte.de

Briefkopf der Stadt St. Ingbert

Stadt Leipzig
Dezernat für Stadtentwicklung und Bau
Geschäftsstelle der Initiative
„Lebenswerte Städte und angemessene Geschwindigkeiten“
04092 Leipzig

Städteinitiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Stadtrat der Stadt St. Ingbert hat in seiner Sitzung vom 23.03.2023 beschlossen, sich der Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ anzuschließen. Wir möchten Sie daher bitten, die Stadt St. Ingbert in die Liste der Unterstützer aufzunehmen.

Wir würden uns freuen, wenn Sie unser Engagement auch in künftigen Verlautbarungen zu dieser Initiative sichtbar werden lassen.

Mit freundlichen Grüßen

[Datum, Name und Unterschrift des Oberbürgermeisters bzw. seines Vertreters]

Beispielhafte Auflistung der Gründungsmitglieder und weitere bisher beigetretener Kommunen:

Gründungsmitglieder:

Stadt Freiburg im Breisgau Bürgermeister

Stadt Leipzig Bürgermeister und Beigeordneter

Stadt Aachen Stadtbaurätin und Beigeordnete

Stadt Augsburg Baureferent

Landeshauptstadt Hannover Stadtbaurat

Stadt Münster Stadtbaurat und Beigeordneter

Stadt Ulm Bürgermeister

Aktuell (02/2023) sind bereits 517 Kommunen bundesweit dem Bündnis beigetreten.

Nachfolgend einige Kommunen exemplarisch aufgeführt:

Stadt Darmstadt (Stadtrat Michael Kolmer)

Stadt Marktoberdorf (Erster Bürgermeister Dr. Wolfgang Hell, Beschluss)

Stadt Konstanz (Bürgermeister Karl Langensteiner- Schönborn)

Stadt Friedrichshafen (Bürgermeister Dieter Stauber)

Großstadt Pforzheim (Bürgermeisterin Sybille Schüssler)

Stadt Tübingen (Baubürgermeister Cord Soehlke)

Kreisstadt Lörrach (Bürgermeisterin Monika Neuhöfer- Avdić)

Stadt Göppingen (Baubürgermeisterin Eva Noller)

Stadt Mannheim (Bürgermeister Ralf Eisenhauer)

Gemeinde Pullach i. Isartal (Zweiter Bürgermeister Andreas Most)

Stadt Hildesheim (Oberbürgermeister Dr. Ingo Meyer)

Neustadt am Rübenberge (Bürgermeister Dominic Herbst)

Stadt Lüneburg (Stadtrat Markus Moßmann)

Gemeinde Neufahrn bei Freising (Erster Bürgermeister Franz Heilmeyer)

Markt Murnau am Staffelsee (Erster Bürgermeister Rolf Beuting)

Stadt Dessau-Roßlau (Beigeordnete Sabrina Nußbeck)

Großstadt Wolfsburg (Stadtrat Andreas Bauer)

Großstadt Mönchengladbach (Stadtdirektor und technischer Beigeordnete Dr. Gregor Bonin)

Gemeinde Salzatal (Bürgermeisterin Ina Zimmermann)

Verbandsgemeinde Goldene Aue

Gemeinde Berga (Kyffhäuser) Bürgermeisterin Katrin Treppschuh

Gemeinde Brücken-Hackpfüffel (Stellv. Bürgermeister Christoph Vogler)

Gemeinde Edersleben (Bürgermeisterin Claudia Renner)

Stadt Kelbra (Bürgermeister Lothar Bornkessel)

Gemeinde Wallhausen (Bürgermeister Udo Härtig)

Stadt Eggenfelden (Erster Bürgermeister Martin Biber)

Stadt Koblenz (Beigeordneter Bert Flöck, Beschluss)

Stadt Wuppertal (Technischer Beigeordneter Frank Meyer)

Stadt Vöhringen (Bürgermeister Michael Neher)

Stadt Laatzen (Stadtrat Axel Grüning)

Große Kreisstadt Eislingen/Fils (Beschluss)

Kreisstadt Miesbach (Erster Bürgermeister Dr. Gerhard Braunmiller)

Stadt Dettelbach (Beschluss)

Stadt Bonn (Stadtbaurat Helmut Wiesner)

Stadt Kempen (Technischer Beigeordneter Torsten Schröder)

Stadt Karlsruhe (Oberbürgermeister Frank Mentrup)

Großstadt Erlangen (Oberbürgermeister Dr. Florian Janik)

Stadt Bamberg (Oberbürgermeister Andreas Starke, Beschluss)

Kreisstadt Bad Schwalbach (Bürgermeister Markus Oberndörfer, Beschluss)

Stadt Wolfratshausen (Erster Bürgermeister Klaus Heilinglechner)

Stadt Lindenberg i. Allgäu (Beschluss)

Großstadt Braunschweig (Oberbürgermeister Ulrich Markurth) (Beschluss)

Stadt Coswig (Anhalt) (Bürgermeister Axel Clauß)

Stadt Wörth am Rhein (Beigeordneter Dr. Thomas Krämer)

Stadt Ronnenberg (Beschluss)

Stadt Coburg (Oberbürgermeister Dominik Sauerteig)

Stadt Oldenburg (Oberbürgermeister Jürgen Krogmann)

Große Kreisstadt Kitzingen (Beschluss)

Stadt Marburg (Oberbürgermeister Dr. Thomas Spieß, Beschluss)

Stadt Biberach an der Riß (Baubürgermeister Christian Kuhlmann)

Markt Altdorf (Beschluss)

Stadt Friedberg (Hessen)
(Erste Stadträtin Marion Götz, Beschluss)

Markt Mering (Erster Bürgermeister Florian A. Mayer)

Stadt Hof (Beschluss)

Stadt Halle (Saale) (Bürgermeister Egbert Geier)

Stadt Idstein (Beschluss)

Stadt Krefeld (Beigeordneter Marcus Beyer, Beschluss)

Stadt Senden (Bayern) (Erste Bürgermeisterin Claudia Schäfer-Rudolf) (Beschluss)

Stadt Saarbrücken (Oberbürgermeister Uwe Conradt)

Stadt Maintal (Bürgermeisterin Monika Böttcher) (Beschluss)

Stadt Viernheim (Bürgermeister Matthias Baaß)

Stadt Köln (Beigeordneter Ascan Egerer)

Stadt Düsseldorf (Beigeordneter Jochen Kral) (Beschluss)

Stadt Gudensberg (Bürgermeister Frank Börner) (Beschluss)

Stadt Meerbusch (Beigeordneter Michael Assenmacher) (Beschluss)

Stadt Oranienburg (Beschluss)

Stadt Rottenburg (am Neckar) (Oberbürgermeister Stephan Neher)

Stadt Puchheim (Beschluss)

Markt Cadolzburg (Beschluss)

Stadt Frankfurt am Main (Beigeordneter Stefan Majer)

Stadt Pfungstadt (Beschluss)

Stadt Neustadt an der Weinstraße (Beigeordneter Bernhard Adams) (Beschluss)

Stadt Bochum (Stadtbaurat Dr. Markus Bradtke)

Stadt Schopfheim (Bürgermeister Dirk Harscher)

Stadt Worms (Beigeordneter Timo Horst) (Beschluss)

Stadt Göttingen (Stadtbaurätin Claudia Baumgartner)

Stadt Würzburg (Beschluss)